

## **KANTONSRATSPROTOKOLL**

Sitzung vom 23. Oktober 2023  
Kantonsratspräsidentin Schmutz Judith

### **A 62 Anfrage Galbraith Sofia und Mit. über die Missbrauchsfälle in der katholischen Kirche / Bildungs- und Kulturdepartement**

Die Anfrage A 62 wurde auf die Oktober-Session hin dringlich eingereicht. Der Regierungsrat lehnt die dringliche Behandlung ab. Sofia Galbraith hält an der Dringlichkeit fest.

Sofia Galbraith: Unter Bezugnahme auf die allseits bekannten Fakten, die in Form von Forschungsergebnissen des ersten Forschungsjahres des Pilotprojektes des Historischen Seminars der Universität Zürich zur Geschichte des sexuellen Missbrauchs im Umfeld der römisch-katholischen Kirche seit Mitte des 20. Jahrhunderts am 12. September 2023 veröffentlicht worden sind, ergibt sich das aussergewöhnlich dringliche Gewicht für die Öffentlichkeit unserer Anfrage. Die Menschen in der Schweiz wie auch im Kanton Luzern sind seit diesem September mit dem Thema des Fehlverhaltens der römisch-katholischen Kirche konfrontiert. Die Öffentlichkeit ist aufgewühlt und beschäftigt sich damit. Sie erwartet eine Stellungnahme unseres Rates. Der Kanton Luzern ist mit der römisch-katholischen Kirche vertraglich in der Zusammenarbeit und mit seinen staatlichen Zuwendungen verbunden, was auch eine Verantwortung nach sich zieht. Es ist derzeit davon auszugehen, dass die römisch-katholische Kirche noch Täter von Vergehen und Verbrechen dieser Art beschäftigt und Menschen diesen Tätern als mögliche Opfer ausgesetzt sind. Es kann derzeit nicht ausgeschlossen werden, dass die Kirche als Institution die Verfolgung von Verbrechen in einer nicht unerheblichen Zahl von Fällen vereitelt und vereitelt hat, was der Bericht auch zu Tage bringt. Aufgrund der Nähe des Staates, namentlich unseres Kantons, zur römisch-katholischen Kirche erlaubt die aktuelle Situation zur Abwendung eines erheblichen Schadens für den Kanton keinen Aufschub unserer Anfrage. Ich bitte Sie im Namen der SP-Fraktion, der Dringlichkeit zuzustimmen.

Angela Lüthold: Sprechen wir zur Dringlichkeit oder bereits zum Thema?

Für den Regierungsrat spricht Bildungs- und Kulturdirektor Armin Hartmann.

Armin Hartmann: Die Ergebnisse lösen auch bei der Regierung Betroffenheit aus. Gleichzeitig haben wir unsere Spielregeln, was die dringliche Behandlung betrifft. Die Kriterien Ihres Rates sind klar und in diesem Fall nicht erfüllt. Die Anfrage kann problemlos an einer der nächsten Sessionen ordentlich traktandiert und besprochen werden. Das hat auch den Vorteil, dass die Synode – das Parlament der römisch-katholischen Landeskirche – dieses Thema an ihrer Session vom 8. November 2023 zuerst besprechen kann, was wir als richtig erachten. Die Regierung beantragt deshalb die Ablehnung der dringlichen Behandlung.

Der Rat lehnt die dringliche Behandlung mit 94 zu 20 Stimmen ab. Die nötige

Zweidrittelmehrheit wurde nicht erreicht.